

Redebeitrag
Plenum, 13.12.2016
Haushaltsdebatte 2016-OB 40 Kultur, Jugend, Tourismus, Sport
-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gestern habe ich in meiner Rede zum Haushalt des Unterrichtswesens erklärt, wie Mehrheit und Regierung Lobhudelei betreiben. Immer wiederholen beide, wie viel Geld sie in diese und jene Bereiche investieren.

Dabei investiert die DG-Regierung und auch Mehrheit keinen einzigen Cent in irgendetwas. Nein, mit dem Haushalt von 2017 verteilt sie rund 300 Mio., welche sie zuvor vom Steuerzahler erhalten hat.

Wobei „erhalten“ in diesem Fall auch nicht ganz richtig ist. Die öffentliche Hand nimmt sich ja einfach, was sie haben möchte.

Aber auch sonst betreibt die Regierung Augenscherelei. Viele schöne Worte, die einen professionellen Eindruck wecken sollen, aber bei näherem Hinsehen gar nichts aussagen.

So benutzt sie gerne den Begriff der wissensbasierten Politikgestaltung. Im Bereich Jugend wird daraus die wissensbasierte Jugendpolitik.

Wow! Hört sich für mich im ersten Moment richtig professional an. Aber nur im aller ersten Moment. Was ist denn wissensbasierte Politik? Vielleicht eine Politik, deren Entscheidungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse basieren und welche wissenschaftliche Methoden bei der Organisation des Zusammenlebens anwendet?

Oberflächlich betrachtet nicht schlecht, aber...

Ja es gibt da ein ABER, sogar ein sehr großes ABER.

Auf welchem Wissen basiert denn diese Politik?

Es gibt in fast allen Lebensbereichen heute sehr viel Wissen. Nur ist dieses nicht einheitlich. Die Wissenschaftler einer Sparte sind oft nicht einer Meinung. Es gibt dann unterschiedliche Lager, die ihre eigenen Thesen aufstellen und diese dann zu beweisen versuchen. Dabei gehen die Meinungen der unterschiedlichen Lager oft sehr weit auseinander.

Insofern sagt der Begriff „wissensbasiert“ erst einmal gar nichts über die Qualität aus. Dies hängt sehr von dem Wissen ab, welches die Regierung ihrer Handlungsweise zugrunde legt.

Manchmal wird mir dann geantwortet, dass es sich um den wissenschaftlichen Konsens handelt. Also das Wissen, welches angeblich von einer Mehrzahl der Wissenschaftler geteilt würde.

Nun sagt aber die Anzahl Experten, die eine These unterstützen, nichts über ihre Richtigkeit aus.

Nicht vergessen sollten wir auch, dass die Wissenschaftler selber sagen, dass ihre Thesen nur solange gültig sind, bis sie von einem anderen widerlegt worden sind.

Und die Geschichte zeigt uns, dass es oft einzelne Menschen waren, die selbst die etabliertesten wissenschaftlichen Theorien widerlegten und somit die Entwicklung voranbrachten.

Ich habe den Eindruck, dass für viele Menschen die Wissenschaft zu einer Art Religion geworden ist. Alles was von der Wissenschaft bewiesen wird, ist richtig! Punkt! Diese Menschen vergessen aber, dass die Wissenschaft nur einen Teilaspekt des Ganzen unter die Lupe nimmt, um diesen für uns Menschen verständlich zu machen und daraus evtl. einen praktischen Nutzen zu ziehen.

Hier hat die Wissenschaft ihre Stärken und hier erbringt sie uns Menschen wertvolle Dienste.

Doch wer ihre Schwächen ausblendet und vergisst, dass jede Erkenntnis nur eine Momentaufnahme ist, der begibt sich aufs Glatteis. Der erhebt die Wissenschaft zur Religion.

Genau diesen Eindruck erweckt unsere Regierung bei mir mit solchen Aussagen.

Oder es sind halt doch nur die üblichen Floskeln der Kolleginnen und Kollegen, wenn sie viel reden aber nichts sagen wollen.

Denn bei genauem Hinsehen ist die Vorgehensweise der DG-Regierung in vielen Zuständigkeiten der DG überhaupt nicht wissenschaftsbasiert, ja nicht im Entferntesten. Selbst da, wo es aufgrund der Natur der Dinge sehr sinnvoll wäre.

Aktuelles Beispiel ist da die Abänderung des Gemeindeglossar im Bereich der Organisation der Wahlen.

Wie ich bereits in meiner Rede zu diesem Dekret in der Plenarsitzung vom 21. November ausführlich dargelegt habe, ist die Entscheidung der Regierung, sich in 2017 dem Zusammenarbeitsabkommen der Föderalregierung mit den Teilstaaten anzuschließen und sich somit für das Wahlsystem namens SmartMatic zu entscheiden ein Fehler.

Auch wenn die Mehrheitskollgen es gerne anders darstellen, so wie Herr Servaty noch gestern. Das System SmartMatic, ein Wahlsystem auf speziellen Wahlcomputern mit Papierbeleg, ist alles andere als demokratisch.

Denn der Bürger kann seine eigene Wahl nicht überprüfen und hat keine Gewährleistung, dass seine Stimme auch tatsächlich dem Kandidaten zugutekommt, den er gewählt hat. Der Papierbeleg druckt zwar die Wahl ab, doch nicht diese werden gezählt. Auf dem Ausdruck befindet sich ein QR-Code. Das sind diese komischen Muster aus schwarz-weißen Quadraten. Dieser wird von der Urne eingescannt.

Nun sagen selbst Informatiker, dass es kaum eine Software gibt, die fehlerfrei sei. Wer garantiert dem Wähler, dass im Zentralbüro seine Stimme richtig gezählt wurde?

Niemand kann in diesem System ausschließen, dass die Daten auf ihrem Weg vom Wahlcomputer bis zum Zentralrechner des Innenministeriums manipuliert wurden. Sei es durch einen Programmierfehler oder durch menschliches Eingreifen.

Was ist denn daran demokratisch? Nichts! Angesichts des Wahldebakels von 2014, können wir uns damit nicht zufrieden geben.

Dabei gibt es in Belgien Experten für ethisch vertretbare Wahlsysteme, so zum Beispiel den Professor Olivier Pereira von der Universität Leuven. Er hat ein Wahlsystem entwickelt, welches tatsächlich als demokratisch benannt werden kann, da es die von mir eingangs geforderten Kontrollmöglichkeiten für den Bürger bietet. Jeder Bürger kann überprüfen, ob seine Stimme richtig ausgewertet wurde. Und jeder Bürger, welcher über grundlegende Informatikkenntnisse verfügt, kann sogar die ganze Wahl überprüfen.

Ich werde heute nicht meine detaillierten Ausführungen vom 21. November wiederholen, ich kann Ihnen, Kolleginnen und Kollegen nur eindringlich empfehlen, ihre Verantwortung wahrzunehmen, und sich dieses Thema genau anzuschauen.

Erwähnt sei in diesen Zusammenhang noch, dass die DG ja ein wissenschaftliches Institut ins Leben gerufen hat, welches den Steuerzahler pro Jahr immerhin 100.000,- € kostet.

Auf der Webseite von DGlive umschreibt die Regierung diese Einrichtung so: „Das Institut wird als Anlaufstelle und Plattform für alle Anfragen im Bereich der wissenschaftlichen Forschung dienen, die Einwohner, Einrichtungen oder Unternehmen aus der DG oder mit Bezug zur DG an das Institut richten können.“

Interessant ist die Tatsache, dass die DG hierfür mit der katholischen Universität Leuven zusammenarbeitet. Also dieselbe Einrichtung, an der auch Herr Olivier Pereira, Experte in Sachen Wahlsystemen, tätig ist.

Natürlich brauchen Sie, Frau Ministerin, nicht dieses wissenschaftliche Institut um Kontakt zu Herrn Pereira aufzunehmen. Doch bietet sich dies ja förmlich an.

Was sollen die Bürger denn von dieser neu gegründeten Einrichtung halten, in die der Steuerzahler 100.000,- € pro Jahr investiert bzw. investieren muss, wenn sich die Regierung selbst nicht einmal die Mühe macht, sich dort wertvolle Expertise einzuholen?

Betonen möchte ich zudem, dass es hier auch um Steuergelder geht. Das System SmartMatic basiert auf der Verwendung spezieller Wahlcomputer, die eigens für Wahlen konzipiert wurden. Sie sind teurer als herkömmliche Computer. Unterhalt und Wartung können nur vom Hersteller durchgeführt werden, was diese sich fürstlich bezahlen lassen.

Experten in diesem Bereich sagen, dass ein Wahlsystem, welches auf herkömmlichen Computern läuft, in etwa 3-mal günstiger ist, als Systeme wie SmartMatic.

In dem uns hier vorliegenden Haushalt, hat die Regierung ein Budget von 800.000,- € für den Ankauf der Geräte für die DG vorgesehen. Dies bedeutet also ein Einsparpotential von mehr als 500.000,- €.

Überdenken Sie nochmals Ihre Entscheidung und setzen Sie sich bitte mit diesen Systemen auseinander. Alles andere hat nun definitiv nichts mit wissensbasierter Politik zu tun.

Selbst das Innenministerium hat sich sehr interessiert an dem System von Professor Pereira gezeigt. Aufgrund der Tatsache, dass der Vertrag mit SmartMatic noch bis zum Jahr 2024 läuft, ist es für die Föderalregierung nicht so einfach, umzusteigen.

Sich als DG aber in 2017 diesem System noch anzuschließen, wie Sie es zurzeit planen, ist reine Dummheit, um es gelinde auszudrücken.

Ein anderes Thema, auf das ich heute eingehen möchte, ist die Förderung des Leistungssports. Mit dem Sportdekret haben Sie dazu neue Regeln aufgestellt. Schon damals haben wir deutlich gesagt, dass die öffentliche Hand den Breitensport fördern soll. Schließlich kommt dies dem Bürger direkt zu Gute. Die Förderung des Leistungssports kann aber nicht Aufgabe der Allgemeinheit sein.

Natürlich steht jedem Menschen frei, mit welcher Intensität er Sport treibt. Wir alle wissen, dass Leistungssport aber nichts mehr mit „Gesundheit fördern“ zu tun hat. Im Gegenteil: Viele Spitzensportler schaden ihrer Gesundheit. Dies ist wie gesagt, eines jeden persönliche Entscheidung. Das der Steuerzahler dies dann aber noch finanzieren soll, darf nicht sein! Dafür müssen die Sportler dann schon selber aufkommen oder sich private Sponsoren suchen.

Aber nicht nur das: Was für ein Signal sendet die Regierung damit aus? Soll Sport nicht dem Ausgleich und der Gesundheit dienen? Doch indem die Regierung Leistungssportler fördert sagt sie „Ja“ zu einem System, in der Leistung an erster Stelle steht. Sogar vor der eigenen Gesundheit. Dies hat nicht gerade Vorbildcharakter.

Auf welchem Wissen wohl diese Entscheidung beruht? Etwa auf dem Prinzip von „Brot und Spiele“?

Im Bereich Kultur sieht es auch nicht viel besser aus. Hier hat die Regierung mit dem Kulturdekret neue Kriterien festgelegt, die vor allem die Quantität fördern anstatt die Qualität. Auch das haben wir in diesem Hause schon dargelegt.

Aber auch hier gilt, das vom Bürger erwirtschaftete Geld sollte ihm auch möglichst breit zu Gute kommen. Dass in der DG teilweise viel Geld an Kulturschaffende geht, die eher ein Nischenpublikum bedienen, zeichnet ein anderes Bild. Wobei selbst hier nicht mit gleichem Maß für alle gemessen wird. Organisationen, die der Regierung allzu kritisch gegenüberstehen, fallen dann plötzlich durch das Raster.

Bei den Kulturzentren, welche in der Tat einem breitem Publikum zur Verfügung stehen, wurde natürlich geklotzt und nicht gekleckert. Da wäre mit weniger Geld wohl genau so viel möglich gewesen. Aber auch dies haben wir hier schon des Öfteren verdeutlicht.

Wie stark manche Dekrete auf bestimmte Organisation zugeschnitten werden, zeigt auch die Abänderung des Dekrets über die Hilfe für die Tagespresse aus dem Jahre 1994. Mit dem Programmdekret Dok. 94 (2015-2016) wurden im Februar dieses Jahres einige Artikel angepasst.

Vor allem Artikel 34 ist da sehr aufschlussreich. Bei der Lektüre der Kriterien, die eine Tageszeitung erfüllen muss, um in den Genuss einer finanziellen Unterstützung der DG zu kommen, konnte ich mich des Eindrucks nicht verwehren, dass sich weniger der Herausgeber nach den Kriterien des Dekrets richtet, als dass die Kriterien auf die aktuelle Situation des Verlags angepasst wurden.

Wie dem auch sei. In Zeiten einer immer mehr zunehmenden Bedeutung der digitalen Presse, hätte der Bürger doch erwarten können, dass auch die rein digitalen Medien in Ostbelgien in ähnlicher Form unterstützt werden sollten. Frei nach dem Motto: „Alle oder keiner“. Wobei ich betone möchte, dass die Vivant-Fraktion, lieber letzteres, also keine Bezuschussung der Presse durch die Politik sehen würde.

Ansonsten könnte dies ja schnell den Eindruck erwecken, als würde die öffentliche Hand, einige gegenüber anderen bevorzugen, was natürlich nicht sein dürfte.

Wie sollte sich der Bürger da des Verdachts erwehren, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird?

Zurzeit wird in der DG, nur ein privates Presseunternehmen bezuschusst. Und im Jahre 2015 betrug dieser Zuschuss immerhin rund 174.000,- €.

Oder gibt's für die vermeintliche unterschiedliche Behandlung auch eine wissenschaftliche Erklärung? Wenn ja, ich bin gespannt.

Aus all diesen Gründen wird die Vivant-Fraktion auch dem Haushalt in diesem Bereich nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Alain Mertes, Vivant-Fraktion